

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Hermann Scheer MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung der SPD-Bundestagsfraktion, fordert die Entlassung von General Glanz: "airland-battle"-Doktrin würde neue Lage schaffen.

Seite 1

Ernst Waltemathe MdB stellt fest, daß Mejia Victores und Jürgen Warnke Reagans Mittelmeerpolitik unterstützen: Die Szene wird komplett.

Seite 3

Anke Martiny MdB begrüßt eine freiwillige Selbstkontrolle beim Video: Den Anbietern werden die Knie weich.

Seite 5

Dokumentation:
Dr. Christian Bode, Generalsekretär der Westdeutschen Rektorenkonferenz, beim SPD-Werkstattgespräch "Hochschulpolitik - Umkehr oder Kontinuität?".

Seite 6

38. Jahrgang / 154

15. August 1983

General Glanz gehört entlassen

"airland-battle"-Doktrin würde neue Lage schaffen

von Dr. Hermann Scheer MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Wenn die Meldung der Süddeutschen Zeitung vom 13. August 1983 richtig ist, wonach Heeresinspekteur General Glanz eigenmächtig der neuen amerikanischen "airland-battle-2000"-Doktrin zugestimmt hat, dann sind nicht nur "schwere Bedenken" der politischen Führung des Verteidigungsministeriums angebracht, sondern die Entlassung des Heeresinspektors. Denn in einer der fundamentalsten Strategieentscheidungen für die NATO und besonders für die Bundesrepublik Deutschland hätte General Glanz damit den Vorrang der politischen Führung gröblich mißachtet. Das Verhalten von General Glanz legt die Vermutung nahe, daß auf militärischer Seite der NATO schon zügig vollendete Tatsachen für die Verwirklichung der neuen Doktrin geschaffen werden.

Das Kernelement dieser neuen Doktrin, das nach amerikanischen Wünschen bereits ab 1985 gelten soll, sollen Mittelstreckenraketen in Westeuropa sein, die teilweise mit konventionellen, teilweise mit nuklearen und teilweise mit chemischen Sprengköpfen geladen sind. Diese sollen weit in den hinteren Raum der Truppen des Warschauer Paktes eindringen und damit einen potentiellen, konventionellen



Angriff durch Zerschlagung der nachfolgenden Angriffsstaffeln zum Erliegen bringen. Dieses Konzept bedeutet nicht allein die Ersetzung der Vorne-Verteidigung der NATO durch eine aggressive Vorwärts-Verteidigung.

1. Die NATO würde damit zu einem äußerst frühzeitigen Zeitpunkt auf den Ersteinsatz von atomaren und chemischen Waffen gegen konventionelle Angriffsziele des Warschauer Paktes festgelegt. Damit würde die nukleare Schwelle in Europa auf dramatische Weise gesenkt, denn auch die Sowjetunion würde dadurch zu einem frühzeitigen, vorwegnehmenden Nuklearschlag gegen die westlichen Mittelstreckensysteme in Europa gezwungen werden.
2. Die "airland-battle"-Doktrin bedeutet, daß der Unterschied zwischen konventionellen, nuklearen und chemischen Waffen verwischt würde. Sie bedeutet auch, daß die Möglichkeit einer nuklearen Rüstungskontrolle zu Ende wäre, denn die Ausrüstung der gleichen Raketen teilweise mit nuklearen und und chemischen und teilweise mit konventionellen Sprengköpfen macht die Waffensysteme ununterscheidbar. Da der potentielle Gegner wohl nicht bis zum Zeitpunkt der Detonation eines Sprengkopfes, die ihm erst die Unterscheidung ermöglichen würde, warten wird, wäre mit der neuen Doktrin die frühzeitige nukleare Eskalation vorprogrammiert.
3. Die neue Doktrin verändert die flexibility-response-Doktrin der NATO von Grund auf. Von Flexibilität in Europa kann dann keine Rede mehr sein - eher von einer neuen Strategie der massiven Vergeltung, die aber im Gegensatz zur früheren NATO-Strategie der massiven Vergeltung in diesem Fall auf Europa beschränkt wäre.
4. Die amerikanischen Pläne, ein Lieblingskind Weinbergers, machen deutlich, warum der amerikanische Verteidigungsminister an einer Verhandlungslösung bei den Genfer Mittelstreckenraketen-Verhandlungen kein Interesse hat. Die neuen atomaren Mittelstreckenraketen wären nämlich das erste und zugleich massivste Glied der neuen Doktrin.
5. Wer für die "airland-battle"-Doktrin ist, signalisiert damit auch, daß er nicht ernsthaft an einem Erfolg der Bemühungen um ein weltweites Verbot der chemischen Waffen interessiert ist. Chemische Waffen sind in diesem Fall wesentlich mehr als Verhandlungsmasse zur wechselseitigen chemischen Abrüstung, sie sind Bestandteil künftiger militärischer Konzeptionen, auf die derjenige sicher nicht verzichten will, der diese neuen Konzeptionen gerade einführen will.
6. Die "airland-battle"-Pläne machen auch deutlich, warum es die amerikanische Führung gegenwärtig so eilig hat, den Bau der Neutronenwaffe voranzutreiben. Neutronenwaffensprengköpfe passen in die neue Doktrin in besonderer Weise, denn kein atomares Waffensystem ist besser geeignet als die Neutronenwaffe, gegen konventionelle Angriffsziele des Warschauer Paktes eingesetzt zu werden.

Erteilt die Bundesregierung die Erlaubnis zur Stationierung der neuen atomaren Mittelstreckenraketen, so wäre für die Regierung der Vereinigten Staaten der wichtigste Schritt zur Verwirklichung der "airland-battle"-Doktrin bereits getan. Mit dieser Doktrin würde aber eine neue militärische und auch politische Lage geschaffen. Die Bedenken, die auch der deutsche Verteidigungsminister Wörner gegen die neue amerikanische Doktrin haben soll, nützen nichts, solange er aus dieser neuen Lage heraus die Stationierung der atomaren Mittelstreckenraketen weiter für unbedenklich hält und damit die zentrale Voraussetzung zur Verwirklichung der neuen amerikanischen Strategie schaffen hilft.

(-/15.8.1983/bgy/ca)

+ + +



Die Szene wird komplett

Mejía Victores und Jürgen Warnke unterstützen Reagans Mittelamerika-Politik

Von Ernst Waltemathe MdB

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Der Militärputsch der vergangenen Woche in Guatemala und Bundesminister Warnkes Ankündigung, daß die Bundesregierung Entwicklungshilfe für Nicaragua "überprüft" wird, sind zwei Ereignisse, die anscheinend wenig mit einander zu tun haben. Sieht man es jedoch im Zusammenhang mit Reagans Mittelamerika-Politik, dann wird sehr bald deutlich, daß sowohl die Haltung der Bundesregierung als auch der Putsch in Guatemala sich sehr gut in Reagans Strategie für die Region einfügen.

Für Guatemala bedeutet der Sturz des Präsidenten Efraín Ríos Montt sicherlich keinen Verlust. Sein Missionswahn als Mitglied der aus den USA stammenden protestantischen Sekte "Kirche des Wortes" hat ihn nicht zur Suche nach Gerechtigkeit, sondern zu einem blutigen Kreuzzug gegen die Befreiungsbewegung in Guatemala geführt. Mit einer Kriegsführung nach dem Prinzip der "verbrannten Erde" versuchte er die Aktionsbasis der Guerilla zu entziehen. Amnesty International nach sind schon 1983 14.000 Zivilisten in Guatemala von den Sicherheitskräften getötet worden. In Flüchtlingslagern im Süden Mexicos leben über 100.000 guatemalteckische Bauern.

Es gibt bis jetzt keinen Beweis dafür, daß die USA hinter dem Putsch in Guatemala steckten. Hinweise darauf gibt es aber mehrere. Es kann kaum reiner Zufall gewesen sein, daß der Putschist, Ríos Montts Verteidigungsminister General Oscar Umberto Mejía Victores, 48 Stunden vor dem Putsch in Honduras mit dem stellvertretenden Oberkommandierenden der US-Truppen in der Panama-Kanalzone, General Fred Woerne zusammengetroffen war. An dem Treffen nahmen auch der honduranische Armeechef General Gustavo Alvarez und der salvadorianische Verteidigungsminister, General Eugenio Vidales teil.

Die USA haben ständig versucht, aus Ríos Montt einen zuverlässigen Alliierten zu machen. Nachdem das State Department bescheinigt hatte, daß die Menschenrechtssituation in Guatemala sich "verbessert" habe, hat Präsident Reagan die Wiederaufnahme der seit 1977 wegen Menschenrechtsverletzungen eingestellten Waffenlieferungen nach Guatemala beschlossen.

Ríos Montts Zweideutigkeit zukünftigen Wahlen gegenüber und seine "Unberechenbarkeit" hat seine Beziehungen zu den USA erschwert. Statt eindeutige Stellung gegen die sandinistische Regierung in Managua zu nehmen, hat er sogar bei Gelegenheit vom nordamerikanischen "Imperialismus" geredet. In jedem Fall mußte US-Verteidigungsminister Weinberger von Guatemalas militärischer Indifferenz im Mittelamerika-Konflikt enttäuscht sein.

Da General Mejía als Verteidigungsminister für die Durchführung des Kriegs gegen die Guerilla verantwortlich gewesen ist, gibt es keinen Anlaß zu hoffen, daß die grausame Verfolgung der guatemalteckischen Bauern beendet werden wird. Im Gegenteil: Mejía hat schon einen noch entschiedeneren Kampf gegen die Guerilla angekündigt.

Er hat aber gleichzeitig Wahlen versprochen. Es ist unwahrscheinlich, daß die Gültigkeit von Wahlen unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Guatemala sehr überzeugend



wirkt. Ein Anschein von Demokratie würde aber den USA ermöglichen, Ihre Beziehungen zu Guatemala zu stärken. Ein gutes Verhältnis könnte sogar den Weg für die Sendung guatemalteckischer Truppen nach Honduras oder El Salvador eröffnen, um bei der gemeinsamen Verteidigung der Region mitzumachen.

Ein Sprecher des State Departments hat schon Mejias Bereitschaft, Wahlen abzuhalten, gutgeheißen. Seinerseits hat Mejia vorausgesagt: "Es ist damit zu rechnen, daß unsere Beziehungen zu den USA enger werden als bisher. Er hat ebenso die Meinung der USA bestätigt, daß Mittelamerika von der "Agressivität" Nicaraguas gefährdet sei. Die Furcht der Sandinisten, daß die USA Guatemala verstärkt in gemeinsame Aktionen gegen Nicaragua einbeziehen wollen, ist sicherlich nicht grundlos.

In diesem politischen Moment die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik Deutschland für Nicaragua in Frage stellen zu wollen, darf sicherlich nicht als zusammenhanglos mit den Absichten der USA in Mittelamerika betrachtet werden. Die Szene für eine Intervention in Nicaragua und deshalb für einen Krieg in der ganzen Region ist mit dem Putsch in Guatemala noch kompletter geworden.

Bundesminister Warnkes Klage, daß Pluralismus in Nicaragua nicht zu finden sei, klingt so zweckgebunden wie die Befriedigung der USA über die Ankündigung von Wahlen in Guatemala unter der Präsidentschaft von General Mejia. Es würde mich nicht wundern, wenn schon demnächst die immer noch in der Panama-Kanalzone ausgebildeten guatemalteckischen Soldaten in Honduras "Seit an Seit" mit ihren salvadorischen Kameraden von Reagans Spezialisten zum gemeinsamen Krieg gegen Nicaragua trainiert werden.

+ + +



Den Video-Anbietern werden die Knie weich

Freiwillige Selbstkontrolle soll eingeführt werden

Von Dr. Anke Martiny MdB

Beauftragte des SPD-Parteivorstandes für Verbraucherpolitik

Nachdem Politiker aller Fraktionen mehr und mehr Kritik daran üben, daß Kindern und Jugendlichen allzu leicht und allzu oft an gewaltverherrlichende oder pornographische Video-Kassetten herankommen, zeigt endlich der "Bundesverband Video", ein Zusammenschluß der bundesdeutschen Video-Kassettenanbieter, die gewünschte Wirkung: Eine freiwillige Selbstkontrolle soll eingeführt werden. Video-Filme sollen künftig Freigabebezeichnungen mit Altersangaben erhalten, und die Selbstkontrolle soll gewährleisten, daß jugendgefährdende Videos nicht mehr an Jugendliche verkauft oder verliehen werden können. Falls die auf den Kassetten enthaltenen Filme allerdings schon vorher der freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft vorgelegen haben, machen sich die Video-Vertreiber die Wertung der Filmwirtschaft zu eigen.

Dies ist ein erster, zu Hoffnungen berechtigender Schritt, wobei die Hoffnungen allerdings größer wären, wenn die Video-Hersteller sich bereits vor zwei Jahren dazu entschlossen hätten. Auch jetzt sind sie nicht freiwillig diesen Schritt gegangen, sondern wurden dazu genötigt, weil immer häufiger bei stichprobenartigen Überprüfungen durch Polizeibeamte in den einschlägigen Geschäften neben Comics oder Jugendfilmen auch Videobänder gehandelt wurden. Dabei ist dies sicher nur die Spitze des Eisberges. Macht man sich die Informationen verschiedener Jugendämter zunutze, dann kann einem nur das Grausen packen, wie leicht und wie häufig Kinder und Jugendliche an Video-Kassetten herankommen, in denen Morde, Gewalttätigkeiten, schlimme Pornographie dargeboten werden.

Von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften wurden bisher mehr als 250 Video-Filme auf die "schwarze Liste" gesetzt, weil sie pornographische, grausame oder gewaltverherrlichende Szenen enthalten. Nun brauchen wir nur noch die entsprechende Aufgeschlossenheit bei den zuständigen kommunalen und Landesstellen, damit gewährleistet ist, daß diese schwarze Liste auch befolgt wird. Sollte dies nämlich nicht geschehen, dann wird sich nichts ändern, und dann muß wohl der Bundesgesetzgeber mit den Ländern ein klares Wort reden. Beim Jugendschutz sollte die heilige Kuh "freie Marktwirtschaft" doch wohl endlich einen Stachel-drahtzaun vorfinden!

Daß der zuständige Minister Heiner Geißler jetzt davon spricht, einen Gesetzentwurf vorzulegen, zeigt sein Problembewußtsein. Allerdings muß man wohl vor allem über die nötige Kontrolle der Einhaltung nachdenken. Daran aber hat es die Union bisher fehlen lassen.

(-)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Der Generalsekretär der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Dr. Christian Bode, hat beim Werkstattgespräch "Hochschulpolitik - Umkehr oder Kontinuität?" unter anderem Folgendes ausgeführt:

Hochschulpolitik - Umkehr oder Kontinuität?"

Was die Analyse und Prognose betrifft, haben wir einen sehr dankenswerten, ausführlichen Bericht des Wissenschaftsrates zur Lage der Hochschule Anfang der achtziger Jahre, auf den ich verweisen möchte. Man kann das Fazit der Analyse so zusammenfassen: Die achtziger Jahre steuern auf einen wachsenden, vor allen Dingen quantitativen, aber doch auch qualitativen Problemdruck zu, der sich nicht sozusagen von selbst quasi naturwüchsig, erledigen wird. Insbesondere auch nicht in kurzer Zeit diesem Bild des Studentenberges als einer einmaligen Notsituation, die kurzfristig andauert, vor Augen, kurzfristig wieder durch einige Maßnahmen in den Griff bekommen läßt.

Der sogenannte "Studentenberg" ist sozusagen, um im Bild zu bleiben, keine spitzen Matterhorn, sondern eine tibetanische Hochebene, die lange währt. 15 Jahre werden wir brauchen, wenn die Prognosen stimmen, um wieder den Stand der Studentenzahlen zu erreichen, den wir jetzt haben. 15 Jahre sind eine Zeit, die man nicht mit sporadischen ad-hoc-Maßnahmen überbrücken kann. Mit dieser Analyse und Prognosekapazität, die wir noch haben, obgleich der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplaner insoweit ja inzwischen, wenn ich richtig gelesen habe, Arbeitsverbot auferlegt worden ist, hält nicht Schritt mit der Fähigkeit und der Bereitschaft, Folgerungen zu ziehen.

Ich will dazu nur drei Trends nennen: Nach meiner Einschätzung befindet sich die Bildungs- und Hochschulpolitik seit Jahren, das ist nicht neu, auf dem Abstieg der Gunst der öffentlichen Meinung und in der politischen Bedeutungshierarchie. Vielleicht war sie auch vorübergehend zu hoch gestiegen. Es war ein kurzer Aufstieg und ein langer Abstieg. Das kann man übrigens auch in Parteiprogrammen nachlesen, auch des heutigen Veranstalters.

Zweitens bemerken wir eine deutliche Renaissance der föderalen Kräfte. Das ist ja nichts Schlechtes. Aber hier und da hat das die Tendenz zum Partikularen bis hin zur Kleinstaaterei. Es gibt Anzeichen dafür, daß die überregionalen Abstimmungs- und Steuerungsmechanismen immer weniger funktionieren.

Ich meine damit nicht nur die Bundesinstanzen, sondern auch die Länderkoordination bis hin zur Ministerpräsidentenebene, Stichwort GFG, als eine von mehreren.

Außerdem scheint mir, gibt es eine unverkennbare Verlagerung vom Programmatischen ins Bürokratische, freilich schon seit Jahren, vom Regieren zum Verwalten. Irgendjemand hat mal gesagt: Zerwalten. Der Begriff deutet sehr gut an, was sich tut oder seit langem tut und offensichtlich unaufhaltsam tut, trotz aller gegenteiligen Beteuerungen aller Gutwilligen. Und gutwillig sind wir ja alle.

Und schließlich haben wir noch die Tendenz der Verlagerung der Entscheidungsbefugnisse von den Kulturressorts zu den Finanzressorts. Das ist nicht etwa die Schwäche der Kulturressorts, sondern die Stärke der Finanzminister, die sich ja auch gegenüber anderen Fachressorts deutlich macht.

Dies alles zusammen nun macht nicht sehr hoffnungsfroh, daß aus den vielen oft einvernehmlichen Analysen auch Konsequenzen gezogen und durchgesetzt werden.

Nach dieser Vorbemerkung möchte ich kurz die Haltung der Westdeutschen Rektorenkonferenz zu den einzelnen Themen, die Sie in der Einladung genannt haben, skizzieren.

Zunächst zu dem Hauptthema "Fortsetzung der Öffnungspolitik und Überlastungsprogramm". Herr Glotz hat eben von Interessenbedingtem Partialdenken, auch an den Hochschulen, vom Versuch der Abschiebung von Studienberechtigten in das duale System gesprochen. Ich kann hier feststellen, daß die Westdeutsche Rektorenkonferenz eindeutig und ganz unmißverständlich an der Einlösung des Beschlusses der Regierungschefs von 1977 festhält. Da steht ja nicht nur etwas von Öffnung drin, sondern auch von Überlastungsprogramm-



men Die Westdeutsche Rektorenkonferenz tut das sicher aus zwei Motiven: Einmal aus einer gesellschaftspolitischen Verantwortung gegenüber den jungen Leuten, auch aus den Gründen, die Sie genannt haben. Deswegen kann man vielleicht in ein paar Jahren, wenn sich die Situation in der beruflichen Bildung anders darstellt, nochmal über die Sache anders denken, aber derzeit wohl nicht. Das ist das eine Motiv.

Aber das zweite ist durchaus ein Eigeninteresse der Hochschulen als Institutionen. Denn es hat sich doch die Erfahrung breit gemacht, daß der Numerus Clausus über die Hochschulen ein Zwangsregime wirft, unter dem man möglicherweise mehr leiden und vielleicht sogar ersticken kann als unter der Flut von Studenten. Allerdings wird die Westdeutsche Rektorenkonferenz auch nicht müde, darauf hinzuweisen, daß die Offenhaltungspolitik ihren Preis hat. Ich glaube, die Hochschulen haben gezeigt, daß sie bereit sind, nicht für jeden Studenten gleich neues Geld anzufordern. Seit den letzten fünf Jahren, so der Wissenschaftsrat, ist zwar die Zahl der Studienanfänger um fast 30 Prozent gestiegen, aber das wissenschaftliche Personal, wenn man die Kliniken ausnimmt, um ein Prozent gesunken. Dies nur als Datum. Ich könnte weitere solche Zahlen nennen aus unverdächtigen Quellen, zum Beispiel des Instituts der Deutschen Wirtschaft, das nachgewiesen hat, daß die Ausgaben pro Studenten im Zeitraum 1970 bis 1982 sich real nahezu halbiert haben. Dies nur als Kerngrößen dafür, daß die Hochschulen schon eine Menge Vorleistungen, Einsparungen und Effizienzsteigerung erbracht haben. Die Meinung, man könne noch einmal 25 Prozent mehr ausbilden - und dahin gehen ja die Prognosen -, ohne daß das etwas zusätzlich kostet, ist nicht realistisch. Wir stellen in den letzten Jahren ein Ansteigen des lokalen Numerus Clausus fest. Das wird sich ausweiten, wenn nichts geschieht.

Ja, wenn weiter gestrichen wird, und das ist die Praxis, - die Hochschulen halten ja nicht mal ihre Substanz - dann kommen wir über kurz oder lang in den totalen Numerus Clausus. Dabei muß das Ganze noch gar nicht mal viel Geld kosten. Ich vermisste eine gesamtökonomische Rechnung, was eigentlich mehr kostet, welche Alternative: Die jungen Leute zusätzlich auszubilden oder sie nicht auszubilden. Aber das nur am Rande. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz hat also diese Offenhaltungspolitik, so will ich sie mal nennen, bekräftigt, aber auch eingefordert, daß es Überlastprogramme geben muß. Sie hat dazu gewisse Forderungen aufgestellt, die ich jetzt im Einzelnen nicht zitieren will. Eine zentrale Forderung ist die, daß solche Überlastprogramme ein Mindestmaß an überregionaler Koordination aufweisen müssen und daß sie für die Hochschulen kalkulierbar sein sollten. Es ist bedauerlich, daß die Ministerpräsidenten sich mit der jährlich fortgeschriebenen Vorlage der Kultusministerkonferenz zur Überlastsituation, wenn ich richtig informiert bin, nicht näher befaßt haben. Das auch als kleine Anmerkung zu dem, was ich vorhin schon sagte zur Entscheidungsfähigkeit der überregionalen Instanzen.

Zweiter Punkt: Wissenschaftlicher Nachwuchs. Die Lage ist ernsthaft bedrohlich durch zwei Trends: Einmal durch die Stellenkürzung, die natürlich vor allem Zeitstellen, Mittelbaustellen treffen. Und zum anderen durch den unterproportionalen niedrigen Ersatzbedarf, den es gerade in den nächsten Jahren bei den Professoren gibt, bedingt durch die starke Expansion in den sechziger und Anfang der siebziger Jahre und den dadurch verzerrten Altersaufbau. Das wird sich gegen Ende der achtziger Jahre wieder stabilisieren und in den neunziger Jahren werden wir möglicherweise einen überproportionalen starken Abgang haben. Das ist ja die Ausgangslage für den sogenannten Flebiger-Plan, an dem die Westdeutsche Rektorenkonferenz immer noch nachdrücklich festhält, der auch von allen fachlichen Instanzen immer schulterklopfend gut geheißen, aber nicht verwirklicht wird. Kern dieses Plans ist die Idee, jetzt zusätzliche Dauerstellen einzurichten, die sowohl die Altersstruktur verbessern, dem wissenschaftlichen Nachwuchs eine Chance geben, wie auch der zusätzlichen Ausbildung von Studenten dienen.

Diese Stellen sollen gleichzeitig mit K-W-Vermerken für die Zeit versehen werden, in denen wir ohnehin dann stärkere altersbedingte Abgänge aus den Hochschulen haben werden. Ein solcher Plan setzt allerdings ein Denken in Zeiträumen von mindestens zwei, eher drei Legislaturperioden voraus und das ist bekanntlich nicht so verbreitet.

Was ist zu tun? Mit dem Stellenstreichen muß Schluß sein. Man muß sicher auch umwidmen. Man darf die Hochschulen allerdings nicht zur Umwidmung ihrer Kapazitäten auffor-



dem und ihnen dann die Kapazitäten wegnehmen, sprich Lehramtskapazitäten, die sie umwidmen könnten. Das GFG muß endlich verabschiedet werden und zwar bundesweit. Wir begrüßen, daß sich die Ministerpräsidenten noch einmal mit der Sache befassen werden.

Ich bin höchst skeptisch, wie die Alternative aussehen wird, wenn es keine gemeinsame Bund-Länder-Lösung gibt. Dann werden wir einzelne Gesetze haben, vermutlich mit Landeskinder-Klauseln, die ja wieder fröhliche Urständ feiern. Aber wir werden solche Landesgesetze nicht überall haben, wir werden sie unterschiedlich haben und möglicherweise mit kleinerem Finanzvolumen. Das jetzt in Aussicht genommene war ja schon bescheiden genug. Das Heisenberg-Programm sollte verlängert werden. Wir sollten die Bedingungen für die Drittmittelforschung verbessern, denn das ist zu einem großen Teil auch Nachwuchsförderung.

Wir müssen wahrscheinlich auch etwas an der Personalstruktur des Hochschulrahmengesetzes tun, da komme ich gleich noch drauf. Und wir sollten, als Hauptforderung, den Fiebigger-Plan jedenfalls in einem bescheidenen Umfang realisieren. Denn es geht ja nicht nur darum, Qualifikationsstellen zu schaffen, sondern vor allem eine Perspektive für die besten Leute an den Hochschulen zu schaffen. Es muß sich wieder lohnen, sich an der Hochschule zu qualifizieren. Man muß nach dieser Qualifikation noch eine Chance an der Hochschule haben und nicht ständig die Gefahr vor Augen, daß man möglicherweise von der Industrie und der öffentlichen Hand gesagt bekommt, man sei eh überqualifiziert und gar sowieso verdorben durch verlängerten Hochschulaufenthalt. Das führt dazu, und wir bemerken das auch allenthalben, daß die besten Leute die Hochschulen vorzeitig verlassen, sich nicht mal mehr zur Promotion melden, sofern sie nicht von der Industrie, wie etwa bei den Chemikern, als Eingangsvoraussetzung quasi gefordert wird. Dies letztere übrigens auch als Anmerkung zum Stichwort Studienzeitverkürzung und Studienreform.

Ein Wort zum Hochschulrahmengesetz. Auch hier liegt eine ausführliche Stellungnahme der Westdeutschen Rektorenkonferenz vor, die mit nur einer Gegenstimme verabschiedet worden ist. Das Hochschulrahmengesetz ist von der Westdeutschen Rektorenkonferenz, wenn ich es richtig sehe, nie als befriedigend, aber in gewisser Weise doch als befriedigend empfunden worden und deshalb plädiert sie auch für eine große Behutsamkeit in der Novellierungsdebatte. Die Hochschulen haben, soweit sie mit dem Gesetz nicht so recht leben konnten, ihre Trampelpfade inzwischen entwickelt, wieder entwickelt, auf denen sich leben läßt und daher fürchten sie die Unruhe, die insbesondere dann entsteht, wenn man die Schlachten vergangener Zeiten neu schlägt. Möglicherweise ist das auch eine Geisterschlacht, denn wir wissen wirklich nicht, wie weit die Länder überhaupt bereit sind mitzuspielen.

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz empfiehlt daher, daß sich die Debatte auf wenige Schwerpunkte konzentriert: Das ist die Personalstruktur, hier insbesondere der wissenschaftliche Nachwuchs, deutlichere Klarheit in der Unterscheidung der Diplomgrade je nach Hochschularten und schließlich die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Drittmittelforschung. Das sind die Schwerpunktthemen, die aus der Sicht der Westdeutschen Rektorenkonferenz geprüft werden sollen unter Verzicht auf eine flächendeckende Novellierungsdiskussion. Ein letztes, aber nur kurzes Wort zu dem Thema Studienreform. Hier ist viel gearbeitet worden, viel Aufwand getrieben worden, auch viele Kosten entstanden. Der Ertrag ist vermutlich gering oder zumindest zweifelhaft.



Das System insgesamt hat die Studienreform der letzten zehn Jahre relativ unbeschädigt und unverändert überstanden, wie immer man das bewerten mag. Wir stehen jetzt in einer neuen Strukturdebatte, die, das hat Herr Glotz gesagt, gar nicht so neu ist. Er hat gefragt, hat sich denn so viel verändert, daß wir die alten Gedanken jetzt wieder als neue diskutieren sollen. Nun, ich würde sagen, ein richtiger Gedanke gehört immer wiederholt, wenn er richtig ist. Die Analyse, die diesen Vorschlägen zugrunde lag und liegt, ist mit Sicherheit richtig. Wir bilden, etwas vereinfacht gesagt, im Grunde noch nach einem System aus, mit dem wir fünf bis sechs Prozent eines Jahrgangs ausgebildet haben; wir haben aber inzwischen gut 20 Prozent und steuern, und das ist doch neu, Herr Glotz, nach einer letzten Prognose der Kultusministerkonferenz darauf zu, daß in den neunziger Jahren vermutlich ein Drittel bis zu 40 Prozent eines Jahrgangs hochschulberechtigt sein werden. Und ob man diesen nicht sozusagen ein anderes Menü anbieten muß in der Hochschule, diese Frage muß in der Tat gestellt werden. Aber sie muß mit langem Atem gestellt werden.

Um es ganz klar zu stellen: Die Überlegungen zu einer stärkeren Stufung des Studiums einschließlich Verkürzung sind nicht in erster Linie darauf abgestellt, etwas für die Abtragung oder Bewältigung des Studentenberges zu leisten. Dafür kommen sie zu spät. Dennoch, auch noch 1995 haben wir ungefähr die Studentenzahlen, die wir jetzt haben, das ist auch noch eine Quantität. Aber es geht ja vor allem um die Qualität, um das inhaltliche Angebot für eine wachsende Rate von Hochschulberechtigten.

Sicher erscheint mir allerdings eines: Wenn solche grundsätzlichen Strukturreformen der Ausbildung Realisierungschancen haben sollen, dann nur mit einer großen Koalition von Staat, Hochschulen und Abnehmern. Dazu gehört der öffentliche Dienst, der sich in dieser Hinsicht bisher auch nicht besonders reformfreudig gezeigt hat und vor allem die private Wirtschaft, auf die das Heer der Absolventen demnächst ja zukommen wird.

(-/15.8.1983/vo-he/ca)

+

+

..+

Verantwortlich: Willi Carl

